

**Erscheinungsweise:**  
Täglich mit Ausnahme  
der Sonn- und Festtage

**Anzeigenpreis:**  
a) im Anzeigenteil:  
die Seite Goldpfennige  
b) im Reklameteil:  
die Seite Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen  
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften  
kann keine Gewähr  
übernommen werden

**Berichtsstand für beide Teile**  
ist Calw



**Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw**

**Bezugspreis:**  
In der Stadt 40 Goldpfennige  
wöchentlich mit Trägerlohn  
Post-Bezugspreis 40 Gold-  
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-  
annahme 3 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt  
besteht kein Anspruch auf Lieferung  
der Zeitung oder auf Rückzahlung  
des Bezugspreises

**Fernsprecher Nr. 9**

**Verantwortl. Schriftleitung:**  
Friedrich Hans Scheele  
Druck und Verlaag  
der A. Oelshölder'schen  
Buchdruckerei

Nr. 3

Freitag, den 4. Januar 1929

102. Jahrgang

## Das Gegenstück zum Gilbert-Bericht

Der amerikanische Handelsattaché in Berlin stellt eine schwere Wirtschaftskrise fest

Ein beachtenswerter Bericht  
an das Washingtoner Handelsdepartement

U. New York, 4. Jan. Bezeichnenderweise veröffentlicht nur die deutschsprachige Presse den Bericht des Handelsattachés bei der amerikanischen Botschaft in Berlin, Fayette Allport, an das Handelsdepartement, in dem festgestellt wird, daß Deutschland unter einer ungewöhnlich schweren Wirtschaftskrise leide, die Deutschland diesmal besonders empfindlich treffe, empfindlicher als vor Jahresfrist. Der Bericht geht dann ein auf die bekanntesten Gründe dieser Krise, wie die Ausföhrung in der Eisenindustrie usw. Die Reichsbank habe es bisher, so heißt es in dem Bericht weiter, vermieden, den Diskontsatz herabzusetzen, da sie davon eine Zurückziehung des auf Grund kurzfristiger Darlehen ins Land gekommenen ausländischen Geldes befürchte, wodurch die deutsche Währung unzulässig beeinträchtigt werden müsse, zumal die passive Handelsbilanz und die vorjährigen Reparationszahlungen diesmal nicht durch langfristige Auslandsanleihen ausgeglichen seien.

„New York World“ weist in einer Besprechung des Reparationsberichts darauf hin, daß dieser Bericht nur die Zeit bis zum 31. August 1928 deckt. Die Berichterstattung Gilberts beziehe sich mithin auf einen Zeitabschnitt, in dem die Zahlungen um 30 v. H. niedriger waren, als die gegenwärtigen Höchstzahlungen. Es sei die Frage, ob Deutschland in guten und schlechten Zeiten ohne wirtschaftliche Schwierigkeiten die Höchstzahlungen zu leisten könne. Es könnten dadurch nicht nur für Deutschland, sondern auch für die Gläubigerstaaten unangenehme Ergebnisse entstehen. Die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen sei bisher durch riesige Auslandsanleihen unterstützt worden. Der Dawesplan mache erst jetzt die richtige Probe durch. — Die weiteren Berichte der New Yorker Presse unterstreichen die einmütige deutsche Kritik des Gilbert-Berichts, sowie die glänzende Aufnahme, die der Bericht in Paris gefunden hat. „New York Times“ erklärt, Gilbert würde, wenn er heute in Paris anwesend wäre, bemerken können, daß er eine Art französischer Nationalheld sei.

Auffallend ist das Fehlen von Washingtoner Meldungen, was darauf schließen läßt, daß die Washingtoner Regierung Besorgnis geäußert hat, vor der Ankunft Parker Gilberts in New York nicht in die Aussprache hineingezogen zu werden. „New York Times“ nehmen in einem Leitartikel zum Bericht Stellung und erklären, der Bericht stelle fest, daß

Deutschland die vorgeschriebenen Zahlungen ohne Störung des internationalen Geldmarktes leisten könne. Zweifellos liege in der Erklärung deutscher Bankiers, daß Deutschland so lange reparationsfähig sei, wie es borgen könne, eine gewisse Wahrheit. Aber die Tatsache bleibe bestehen, daß das Gespenst des in Unordnung gebrachten ausländischen Geldmarktes durch die Ereignisse vertrieben worden sei. Parker Gilbert spreche nicht von einer Kommerzialisierung der deutschen Schulden, aber davon, daß eine solche Lösung in gewissem Umfange früher oder später wohl gesucht werden würde. Zweifellos würden sich die internationalen Sachverständigen mit dieser Frage beschäftigen. Damit würde die Reparationsfrage mit der Kriegsschuldenfrage verbunden, so daß niemand, wenn ein solcher Plan in zwei bis drei Jahren, für durchführbar befunden werden sollte, daran vorbeikomme, daß Frankreich und England an die Vereinigten Staaten Barangebote zur Begleichung ihrer Kriegsschulden machen könnten.

Parker Gilbert in New York.

U. New York, 4. Jan. Der Reparationsagent Parker Gilbert ist gestern vormittag in New York eingetroffen. Er erklärte bei seiner Ankunft, daß er damit rechne, während seines 14tägigen Erholungsurlaubes in den Vereinigten Staaten Besprechungen mit Präsident Coolidge, Schatzsekretär Mellon und vielleicht auch mit dem zukünftigen Präsidenten Hoover zu haben. Nach Ablauf der 14 Tage werde er direkt nach Berlin zurückkehren. Parker Gilbert drückte seine Überraschung über die scharfe Kritik aus, die sein letzter Bericht in der deutschen Presse gefunden hat und betonte, daß der Bericht vollständig objektiv (!) sei. Die Kritik sei vielleicht auf ein Mißverständnis (?) zurückzuführen.

In gut unterrichteten Washingtoner Kreisen verlautet nach englischen Blättermeldungen, daß die amerikanische Regierung der Unterbringung der deutschen Eisenbahnen auf dem öffentlichen Markt nicht unympathisch gegenüberstehe, vorausgesetzt, daß die amerikanischen Vertreter in dem neuen Reparationsausschuß der Überzeugung seien, daß die von dem Ausschuss beschlossenen Maßnahmen eine praktische Lösung der ganzen Frage möglich machen würden. Auf der anderen Seite werde jedoch kein Zweifel darüber gelassen, daß die Haltung der amerikanischen Regierung in der Schuldfrage unverändert sei. In diesem Zusammenhang werde auch davor gewarnt, an den Besuch des Reparationsagenten in Amerika zu große Hoffnungen zu knüpfen.

## Das russische Sonderfriedenspakt-Angebot

Litauen nimmt die Moskauer Vorschläge an  
Lituanen in Warschau.

Die Sowjetregierung hat bekanntlich Polen und Litauen den Vorschlag unterbreitet, durch ein Sonderabkommen den Kellogg-Pakt zwischen den drei Staaten vorzeitig in Wirkung zu setzen. Die Folge hiervon ist, daß sich die Warschauer Presse in Ausfällen gegen Rußland ergeht. Das Abendblatt „ABC“ erklärte u. a., die sowjetrussische Außenpolitik habe mit der russischen Note in erster Linie einen Reklameeffekt erzielen wollen. Die Bolschewiken seien Meister der Reklame und Propaganda und übertrügen in dieser Beziehung sogar die Deutschen. Die Union, die unangeführt in jeder Weise rüfte, und unter deutscher Leitung Munitionslager anlegte, wolle nach außen hin den Anschein des Pazifismus erwecken. Sie kenne die Schwierigkeiten genau, die der Unterzeichnung des vorgeschlagenen Sonderprotokolls entgegenstünden und wollten nur die Gelegenheit herbeiführen, um die ganze Welt mit dem Geschrei über ihren Friedenswillen und die angeblichen Anstrengungen Polens zu erfüllen. Der Vorschlag Litwinows sei ebenso zynisch wie heuchlerisch.

„Eypresz Poranny“ wundert sich darüber, daß Litwinow sich nur an Polen und Litauen und nicht auch an die übrigen baltischen Staaten gewandt habe. Die allgemeine Lage sei jedoch normal und erfordere keine solchen Vorstöße. Zudem habe Rumänien, das dem Pakt beigetreten sei, gleichfalls keine sowjetrussischen Vorschläge empfangen. Moskau erwecke den Anschein, als ob es sich um Vermittler zwischen Polen und Litauen aufspielen wolle. Diese Rolle komme jedoch nur dem Völkerbund zu. Es sei bedauerlich, daß die Note Litwinows der Ehrlichkeit entbehre und wie ein politisches Manöver wirken müsse.

Die litauische Regierung hat auf die Anregung Litwinows, ein gemeinsames Protokoll über den Kellogg-Pakt zwischen der Sowjetunion und Litauen einerseits und der Sowjetunion und Polen andererseits zu unterzeichnen, Rußland mitgeteilt, daß sie sich ohne Vorbehalt dem Protokoll anschließen. Wie die amtliche Nachrichtenagentur zu berichten weiß, wird die litauische Regierung die baltischen Randstaaten auffordern, sich dem Protokoll anzuschließen.

Auch Rumänien hat Interesse.

Das von der Sowjetregierung an Polen gerichtete Angebot über den Abschluß eines Nichtangriffspaktes beschäftigt die rumänische öffentliche Meinung im höchsten Grade. Der „Adevărul“, der über gute Beziehungen zum Ministerium des Äußeren verfügt, schreibt, wenn auch Rußlands Angebot an Polen hauptsächlich aus der Erwägung heraus gemacht worden sei, daß Rußland amerikanisches Kapital brauche und es nur bekommen könne, wenn es seine Friedensliebe bezeuge, so habe doch Rumänien allen Grund, sich mit Rußland zu verständigen. In der Tat sehe Art. 4 des von Rußland Polen angebotenen Protokolls vor, daß es jedem Staat, der den Kellogg-Pakt ratifiziert habe, möglich sei, neben Polen und Litauen das vorgeschlagene Protokoll zu unterzeichnen. Auf diese Weise sei auch Rumänien die Möglichkeit geboten, dem von Litwinow vorgeschlagenen Protokoll beizutreten. Da der Kellogg-Pakt den Krieg als politisches Mittel abschaffe, so bedente dies, daß Rußland auf jede kriegerische Handlung verzichten müsse, um Vessaraheuten wieder zu erhalten. Rußland solle über die besarabische Frage nicht besonders verhandeln, sondern es solle eben durch den vorgeschlagenen Pakt zur Lageordnung übergehen. Rumänien habe das größte Interesse daran, sich mit Rußland zu verständigen, da auf diese Weise Rußland praktisch auch die Einverleibung Besarabiens durch Rumänien anerkenne.

## Tages-Spiegel

Der Handelsattaché bei der amerikanischen Botschaft in Berlin spricht in einem Bericht an das Handelsdepartement in Washington von einer schweren deutschen Wirtschaftskrise.

Der Reparationsagent ist gestern in New York eingetroffen. Er wird sich zunächst zu Verhandlungen nach Washington begeben.

Die litauische Regierung hat dem Paktvorschlag Litwinows zugestimmt, nach dem der Kellogg-Pakt zwischen Rußland, Polen und Litauen sofort in Kraft treten soll.

Die französische Großindustrie drängt auf ein Übergangsregime im Saargebiet über das Jahr 1935 hinaus.

Der Schiedspruch im Werftarbeiterstreik ist vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden.

Reichskanzler Müller ist gestern am Titisee eingetroffen und zu einem 14tägigen Urlaubsaufenthalt im Schwarzwaldbotel abgereist.

## Die Schlichtung des Werftarbeiterstreikes

Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches.

U. Berlin, 4. Jan. Der Reichsarbeitsminister hat gestern den am 21. Dezember gefällten Schiedspruch für die Werft-Industrie für verbindlich erklärt.

Wie die Telegraphen-Union zu der Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches für die Werftindustrie erklärt, wird heute in Bremen eine Delegiertenversammlung der Werftarbeiter stattfinden, auf welcher u. a. auch über den Zeitpunkt der Arbeitswiederaufnahme entschieden werden soll.

Wie von Arbeitgeberseite erklärt wird, stehen die Werftbetriebe den Arbeitswilligen offen, so daß von dieser Seite einer sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit nichts im Wege steht.

## Einheitliche Wirtschaftsorganisation für die Ostgebiete

U. Landsberg a. d. Warthe, 4. Jan. Zum 8. Januar sind die Vertreter fast aller ostdeutschen Wirtschaftsverbände, des Handels, Handwerks und der Landwirtschaft nach hier zusammenberufen worden, um auf Grund einer Anregung der Arbeitgeberverbände nach dem Muster des „Bereins zur Wahrung der landwirtschaftlichen Interessen (Rheinland und Westfalen)“ (Langamverein) eine einheitliche Wirtschaftsorganisation für die deutschen Ostgebiete zu schaffen. Bisher haben zahlreiche Vertreter aus Pommern, Schlesien und dem östlichen Brandenburg ihre Beteiligung zugesagt.

## Ein englisches Urteil über die Wirtschaftslage Deutschlands

— London, 4. Jan. In ihrem Finanzteil schreibt die „Morning Post“: Ohne die gegenwärtige wirtschaftliche Lage in Frankreich oder Deutschland schlechter machen zu wollen als sie ist, können wir doch sagen, daß der Ausdruck „Wohlfahrt“ vielleicht etwas leichtfertig angewandt wird. Gegenwärtig erfreut sich Deutschland scheinbar einer noch nicht dagewesenen Wohlfahrt, aber die Tatsache bleibt bestehen, daß ungefähr bis zum letzten Monat seine sichtbare Handelsbilanz stets passiv gewesen ist, und die Besserung seines Wechselkurses ist, wenn nicht völlig, so doch in der Hauptsache mit den künftigen neuen Anleihen im Auslande zur Begleichung der täglichen Verpflichtungen verbunden. Anscheinend sind diese Anleihen infolge der sehr hohen Zinssätze so angedehnt gewesen, daß sie nicht nur den Wechselkurs gestützt haben, sondern ihn auch bis auf einen der Goldzufuhr ähnlichen Punkt gebracht haben, während gleichzeitig die hohen Zinssätze die Importeure von Gold ermutigt haben, die Mittel zur Ausdehnung der Kreditkassen zu erlangen. All dies bedeutet an sich noch nicht Wohlfahrt, wenn es auch bei richtiger und kluger Verwendung des im Auslande geborgenen Geldes ein Vorstadium dafür sein mag.

Noch keine Erneuerung der deutschen Sachverständigen.

U. Berlin, 4. Jan. Wie das „Berliner Tageblatt“ berichtet, werden als deutsche Sachverständige für die kommenden Reparationsverhandlungen Reichsbankpräsident Schacht und der Mitinhaber des Hamburger Bauhauses Warburg, Melchior, genannt. Demgegenüber wird von unabhängiger Berliner Stelle darauf hingewiesen, daß die Ernennung der deutschen Sachverständigen noch nicht erfolgt sei. Im übrigen sei damit zu rechnen, daß ebenso wie in den übrigen Ländern, auch für Deutschland neben einem Sachmann eine Persönlichkeit ernannt wird, die der Wirtschaft nahesteht.



# Das Reparationsproblem

Von Dr. Peter Reinhold, früherem Reichsminister der Finanzen.

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird die internationale Politik Europas im Jahre 1929 stark im Zeichen des Reparationsproblems stehen. Zwar sind die in Genf vereinbarten Besprechungen außerordentlich langsam in Fluss gekommen, was wohl nicht nur auf Formalien zurückzuführen sein dürfte, aber diese Verzögerung hat vielleicht das Gute gehabt, daß in der Zwischenzeit durch die internationalen Diskussionen in der Presse wie in den Kreisen der Finanz- und Wirtschaftsführer noch klarer als bisher erkannt worden ist, wie stark an der Lösung dieser Frage nicht nur die Reihe der beteiligten Staaten, sondern die ganze Welt interessiert ist.

Denn die durch das Dawesabkommen vorläufig geregelten Zahlungen Deutschlands stellen in ihrem ganzen Charakter nach nicht nur eine Kriegsschuldigung des besiegten Landes an den Sieger dar: sie drohen, sich — je länger, je mehr — zu einem bedenklichen Störungsfaktor des freien Warenaustausches zwischen den Nationen zu entwickeln.

Wenn diese Störungen in den bisher abgelaufenen Jahren, seitdem der Dawesvertrag in Kraft ist, relativ noch wenig in Erscheinung getreten sind, so liegt das an zwei Tatsachen: erstens daran, daß infolge der Deutschland gewährten Atempause unsere Zahlungen erst allmählich angeklungen sind und bekanntlich erst ab 1. September 1928 die Normhöhe von 2,5 Milliarden Goldmark erreicht haben, und zweitens daran, daß Deutschland diese Summen bisher nicht durch Waren beglichen, sondern das Geld zur Bezahlung seiner Verpflichtungen vom Ausland geborgt hat.

Diese beiden Momente erklären gleichzeitig auch im Zusammenhang mit der lokalen Zusammenarbeit zwischen dem Reparationsagenten und der deutschen Regierung das bisher reibungslose Funktionieren des Dawesplanes: die langsam ansteigenden Summen konnten mühelos, wenn auch zu exorbitant hohen Zinssätzen, durch private deutsche Anleihen im Ausland aufgebracht werden.

Die Erkenntnis dieser Zusammenhänge aber gibt gleichzeitig den Ausschluß, warum das Funktionieren des Dawesplanes für die Zukunft außerordentlich in Frage gestellt ist. Deutschland hat zu seinen steigenden Daweslasten noch jährlich steigende Zins- und Amortisationsbelastungen aus der privaten Verschuldung seiner Wirtschaft aufzubringen, und jedes Jahr, in dem mit dem sogenannten unechten Transfer, d. h. mit der Zurverfügungstellung geborgter Devisen an den Reparationsagenten fortgefahren wird, macht den echten Transfer, d. h. die Bezahlung unserer Verpflichtungen mit deutschen Waren, unwahrscheinlicher bis zur Unmöglichkeit. Zwar hat die Investierung fremden Kapitals in Deutschland, die mir infolge der hohen Zinssätze und Risikoprämien für den ausländischen Geldgeber ebenso vorteilhaft wie für die deutsche Wirtschaft infolge der Kapitalzerstörung durch die Kriegs- und Inflationszeit unbedingt notwendig erscheint, zweifellos eine Erhöhung unserer Produktionskapazität mit sich gebracht; aber diese innere Verbesserung unseres Produktionsapparates war nicht groß genug, um die

falsche Voraussetzung des Dawesplanes zu beseitigen, die das Grundübel aller Nöte ist: die Voraussetzung nämlich, daß die rekonstruierte deutsche Wirtschaft einen Exportüberschuß möglich machen würde, der die Bezahlung der falsch und willkürlich gegriffenen Summe von 2,5 Milliarden Goldmark jährlich auf die Dauer rechtfertigen könnte.

Die Erfahrung im letzten Jahre indessen hat ergeben, daß die deutsche Wirtschaft infolge der durch den inneren Aufbringungsdruck dieser Summe zwangsmäßig zu starren Steuerbelastung und des damit in Verbindung stehenden zu hohen Zinsfußes trotz der technischen Verbesserungen und der vorzüglichen Leistungen der deutschen Hand- und Kopfarbeiter bei relativ niedrigen Gehältern und Löhnen nicht imstande ist, den zu einem echten Transfer der Daweslast nötigen Exportüberschuß zu erzielen, wozu die in allen Ländern nach Kriegsende befolgte Schutzpolitik noch als erschwerendes Moment hinzukommt.

Der Transferschutz, das wichtigste Sicherungsmittel Deutschlands vor neuem Währungsverfall, wirtschaftlicher Not und politischer Zerschlagung, wird deshalb, wenn die Dawesverträge nicht geändert werden, in absehbarer Zeit praktisch in Erscheinung treten müssen: der Generalagent wird die deutschen Zahlungen nicht mehr transferieren können und sehr bald beklagen müssen, sie in Deutschland anzuhäufen, was zu wirtschaftlich und finanzpolitisch unerträglichen Zuständen führen würde — wenn es für eine längere Zeitperiode wirklich dazu käme.

Die Vermeidung dieser in ihren Rückwirkungen für die ganze Weltwirtschaft unerwünschten Folgen muß deshalb das wirtschaftliche Ziel einer Revision des Dawesplanes sein, das heißt, eine genaue Prüfung der deutschen Finanz- und Wirtschaftslage muß die Frage beantworten, zu welcher Höchstleistung Deutschland imstande ist, wenn die gesamte Kraft der Nation in den Dienst der großen Aufgabe gestellt wird, durch lokale Erfüllung einer mit vollem Verantwortungsbewußtsein übernommenen Verpflichtung der Generation, die nach uns kommt, die volle politische Freiheit und wirtschaftliche Unabhängigkeit zu sichern.

Das ist ein Ziel, das große und schwere Opfer lohnt: aber keine deutsche Regierung wird — davon bin ich fest überzeugt — unter Aufhebung des Transferschutzes eine Leistungsverpflichtung übernehmen, die auch bei lokaler Einstellung die Wirtschaftskraft des deutschen Volkes übersteigt.

Diese Summe richtig zu bestimmen, wird eine ernste und schwere Aufgabe sein; noch schwerer die Notwendigkeit, diese wirtschaftlich mögliche Summe mit den politischen Forderungen aller Kontrahenten in Einklang zu bringen. Trotzdem muß der ehrliche Versuch gemacht werden; denn von seinem Gelingen hängt es ab, ob der Abbruch der Reparationen, der nicht nur auf Deutschland, sondern auf ganz Europa laftet, endlich verschwinden kann und damit den Weg zu einer wirklichen politischen und wirtschaftlichen Verständigung zwischen allen Nationen frei macht.

der Bank von Frankreich, und Parmentier, der ehemalige Direktor für Fondsbewegung im Finanzministerium. Die japanischen Sachverständigen sind Mori, japanischer Finanzattaché in London, und Aoki, Vizegouverneur der Bank von Japan.

## Der Ausbau der französischen Flotte

II. Paris, 3. Jan. Beim Neujahrsempfang im Marineministerium hielt Marineminister Leygues eine Ansprache, in der er den Wiederaufbau der französischen Kriegsstotte feierte. Er wies darauf hin, daß Frankreich wieder den Platz unter den Mächten einnehme, der der Wahrung seiner Interessen entspreche. Es arbeite gleichmäßig daran, seine Sicherheit zu gewährleisten und den Weltfrieden zu festigen, für den das internationale Flottengleichgewicht von größter Bedeutung sei.

Das Jahr 1928 sei für die Kriegsstotte vor allem ein Jahr der taktischen Manöver und der militärischen Schulung für die Generäle und die Mannschaften gewesen. Die Gefundung der Flotte sei auf gutem Wege.

## Der Reichsernährungsminister über Volks- und Landwirtschaft

II. Wien, 3. Jan. Reichsminister Dr. Dietrich äußerte sich im Wiener Journal über die deutsche Agrarkrise. Er meinte, daß eine Gefundung der deutschen Volkswirtschaft ohne Gefundung der Landwirtschaft nicht möglich sei. Die Agrarkrise sei keine Angelegenheit der Landwirtschaft allein, sondern bedeute eine Gefahr für das gesamte deutsche Volk und seine Wirtschaft. Die deutsche Landwirtschaft verbrauche für 4 Milliarden Industrieerzeugnisse unmittelbar. Indirekt aber ließe sich der Verbrauch gar nicht festsetzen. Darnach sei die Landwirtschaft ein Hauptabnehmer der Industrie und damit eine Grundlage der deutschen Volkswirtschaft. Daran ist zu erkennen, daß es eine Notwendigkeit sei, die Agrarkrise zu beheben, wenn nicht das ganze deutsche Staats- und Wirtschaftsgebäude ins Wanken geraten solle.

## Reich und Länder Um die Steuerüberweisungen.

In der letzten Zeit war wiederholt in der Presse die Vermutung aufgetaucht, daß sich die Reichsregierung mit dem Gedanken trage, das Defizit des Reichshaushalts für 1929 durch Kürzung der Ueberweisungen an Länder und Gemeinden zu beseitigen. Namens des Vorstandes des Deutschen Säckelrats hat Präsident Dr. M u l e r t an den Reichsfinanzminister Dr. Hilferding die bringende Bitte gerichtet, diesen Plan nicht zu verwirklichen. Die Lage der deutschen Städte habe sich im Laufe dieses Jahres erheblich verschlechtert, insbesondere sei die Belastung mit Wohlfahrtsausgaben weiter gestiegen. Eine Kürzung der Gemeindeein-

nahmen im kommunalen Haushaltsjahr sei für die Fortführung einer geordneten Gemeindegewirtschaft eine Unmöglichkeit. Die zwangsläufige steigenden Ausgaben verlangten eine weitere Beteiligung der Gemeinden an dem natürlichen Wachstum der Steuereinnahmen. Eine auch nur vorübergehende Minderung des Anteilverhältnisses müsse sich für alle Gemeinden, insbesondere für den Wohnungsbau und die Wohlfahrtspflege, geradezu verhängnisvoll auswirken. Wenn Absätze innerhalb des Reichshaushalts wirklich nicht zum Ziele führen könnten, bliebe trotz allen Bedenken nichts anderes übrig, als den Fehlbetrag des Reichs durch Erhöhung bestehender Steuern oder durch Erschließung neuer Steuerquellen zu decken.

## Kleine politische Nachrichten

Neujahrswünsche des Kuffhäuserbundes für Hindenburg. Der 1. Präsident des Deutschen Reichskriegerbundes „Kuffhäuser“, General der Artillerie a. D. von Horn, wurde vom Reichspräsidenten von Hindenburg empfangen und überbrachte dem Ehrenpräsidenten des Kuffhäuserbundes im Namen der in 80 000 Vereinen zusammengeschlossenen 3 Millionen ehemaligen Krieger die besten Wünsche für das neue Jahr. Der Reichspräsident erwiderte die Wünsche herzlich.

Die Saarbergarbeiter gegen das französische Lohnkalkül. Die außerordentlichen Konventionen der freien und christlichen Bergarbeiterverbände sind am Neujahrstag dem Beschluß ihrer Organisationsleitungen einmütig beigetreten. Sie lehnen das Lohnkalkül der französischen Saarbergverwaltung einmütig ab. Durch die Drosselung der Förderung entsprechend einem Mindestlohn wird nunmehr mit einem Rückgang der Förderung um 20 v. H. gerechnet.

Mussolinis Vertragsangebot an Jugoslawien. Das Angebot Mussolinis an die jugoslawische Regierung, nicht nur den Neutralitätsvertrag vom Jahre 1924 zu verlängern, sondern darüber hinaus Verhandlungen über einen vollständigen neuen Vertrag einzuleiten, hat in Londoner diplomatischen Kreisen große Beachtung gefunden. Man sieht darin ein sicheres Anzeichen dafür, daß Mussolini bestrebt ist, zu einem endgültigen Ausgleich mit Jugoslawien zu kommen. Der Augenblick könne angefaßt der etwas geschwächten Stellung Jugoslawiens infolge der innerpolitischen Vorgänge als besonders gut gewählt angesehen werden. Man ist überzeugt, daß das Angebot Mussolinis auch in Paris, Bukarest und Athen begrüßt werden wird.

Indien will den Dominion-Status erzwingen. Der in Kalkutta tagende indische Nationalkongress nahm eine von Gandhi eingebrachte Ausgleichsentscheidung an, die vorliest, daß der Nationalkongress, falls bis Ende 1929 nicht oder nur teilweise der Dominion-Status für Indien entsprechend dem Entwurf des Nehru-Komitees eingeführt wird, eine allgemeine englandfeindliche Bewegung organisiert, die u. a. auch die Nichtzahlung der Steuern und die Abschaffung jeder Zusammenarbeit mit der englischen Verwaltung einschließen soll. Eine ergänzende Entschiedenheit, die volle Unabhängigkeit für Indien verlangt, würde mit 1350 gegen 973 Stimmen abgelehnt.

Ein sozialpolitischer Beobachter für Washington. Der bisherige Pressereferent des Reichsarbeitsministeriums, Ministerialrat Dr. Wende, tritt zunächst als sozialpolitischer Beobachter zur deutschen Volkswirtschaft in Washington über. An seine Stelle ist der bisherige Haushaltsreferent des Reichsarbeitsministeriums, Ministerialrat Dr. Rarstedt, getreten.

Der amerikanische Botschafter in Paris schwer erkrankt. Im Befinden des amerikanischen Botschafters in Paris, Herrick, der auf seiner Jagdbefahrung in Chagrin Falls (Ohio) krank darniederliegt, ist eine plötzliche ernste Wendung eingetreten. Herrick leidet seit 10 Tagen an einer Bronchitis, die zunächst normal verlief, bis ein schwerer Rückschlag eintrat. Da Herrick bereits 74 Jahre alt ist, erscheint sein Zustand gegenwärtig lebensgefährlich.

## Großfeuer auf dem städt. Schlachthof in Chemnitz

Am Neujahrsmorgen brach auf dem Gelände des städt. Schlachthofes in Chemnitz ein Großfeuer aus, das das Einschließen der gesamten Chemnitzer Berufsfeuerwehr einschließend der dienstfreien Beamten erforderlich machte. Mit elf Hohnen wurde gegen das Feuer vorgegangen, das trotzdem erst in den späten Vormittagsstunden auf seinen Herd beschränkt werden konnte. Einige Züge hatten jedoch noch bis in die Nachmittagsstunden mit der Ablösung kleinerer Brandherde und mit den Aufräumarbeiten zu tun. Das Feuer fand reichlich Nahrung an vorhandenen Isolierplatten und Isoliermitteln. Die größte Gefahr bestand für das Kühlhaus, das durch die hochschlagenden Flammen stark gefährdet war, da nach der Seite des Feuers hin geöffnete Fenster und Türen das Eindringen des Feuers begünstigten. Der Betrieb des Schlachthofes wird nicht gefährdet; der Brandschaden ist sehr bedeutend.

Zu dem Großfeuer im Chemnitzer Schlachthof ist noch nachzutragen: Der Chemnitzer Schlachthof, der erst vor einem Jahre mit einem Aufwand von 7 Millionen Mark errichtet worden war, brannte kurz vor der Vollendung zu einem großen Teil nieder, so daß sich die Eröffnung um 6 Monate verzögerte. Das letzte Feuer ist in dem alten Kühlhaus zum Ausbruch gekommen, das abgebrochen werden sollte. Das Gebäude ist zum größten Teil vernichtet worden. Das neue Kühlhaus, das stark gefährdet war, konnte durch das energische Eingreifen der Feuerwehr gerettet werden. Die Trinkwassernot in Chemnitz ist durch den größeren Wasserverbrauch bei dem Brande erheblich verschärft worden. Der Rat der Stadt Chemnitz hat infolge der herrschenden Trinkwassernot, die hauptsächlich auf die geringen Niederschläge des vorigen Jahres und das Fehlen einer größeren Talsperre zurückzuführen ist, mit sofortiger Wirkung das Baden an Wochentagen verboten. Das Wasserwerkamt wird eine strenge Kontrolle ausüben. Zuwiderhandelnden soll eine Geldbuße auferlegt werden.

## Die Aufnahme des Reparationsberichts in England

II. London, 3. Jan. Die Blätter veröffentlichen ausführliche Auszüge aus dem Jahresbericht des Reparationsagenten. Die Feststellung Parker Gilberts, daß Deutschland allen seinen Verpflichtungen voll und pünktlich nachkommen sei, und daß es auf Grund seiner Finanzlage seine Verpflichtungen erfüllen könne, wird besonders hervorgehoben. Der „Daily Telegraph“ nimmt in Übereinstimmung mit anderen Blättern den Standpunkt ein, daß der Bericht die Leistungsfähigkeit Deutschlands außer Frage stelle. Das Blatt fügt jedoch hinzu, daß die Feststellungen Parker Gilberts überraschend seien angesichts der Tatsache, daß gerade der Reparationsagent es gewesen sei, der sich so dringend für die Revision des Dawesplanes eingesetzt habe. Man habe bisher annehmen müssen, daß Parker Gilbert die Bezahlung der vollen Dawessumme für unüberführbar gehalten habe.

Aus diesem Artikel und der Auffassung des Jahresberichtes ergibt sich bereits deutlich, daß der Bericht in diesem Augenblick kurz vor dem Zusammentritt des Sachverständigenausschusses für Deutschland nur sehr unerwünschte Wirkungen haben kann. Es ist nicht so sehr der Gesamteindruck und das Gesamtbild des Berichtes, was die Meinungsbildung beeinflusst, als einzelne Stellen, wie etwa die Feststellungen, daß die Finanzlage Deutschlands nichts aufweise, was eine volle Erfüllung seiner Verpflichtungen hindern könnte. Die Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen, daß hierdurch die Arbeiten der Sachverständigen nicht erleichtert werden.

Englands Haltung bei der Reparationsendregelung ist bis zu einem gewissen Grade von vornherein gegeben. Es strebt auch auf eine Lösung hin, die ihm bei der Beibehaltung des bisherigen Verteilungsschlüssels aus den Reparationen jährliche Einnahmen verschafft, die zusammen mit den Einkünften aus den verschiedenen Schuldenabkommen ausreichen, um Amerika zu befriedigen. Es ist beachtenswert, daß eine einmalige Kapitalsumme in der Höhe, daß sie zusammen mit den Einkünften aus dem Schuldenabkommen für die Erfüllung des Schuldendienstes an Amerika ausreichen würde, in London nicht als annehmbar gilt. Die englische Forderung birgt daher nicht in ihrer Höhe, sondern in ihrer Laufzeit von 62 Jahren die Hauptgefahr in sich.

Die französischen und japanischen Vertreter für den Sachverständigenausschuß.

Die französischen Vertreter für den Sachverständigenausschuß sind nach einer Meldung des Temps nunmehr von der französischen Regierung offiziell bezeichnet worden. Wie bereits angekündigt, sind es Moreau, der Gouverneur



**Der Städtetag gegen das Berechtigungsunwesen.**  
Die Ueberfüllung der höheren Schulen und der Hochschulen ist ein lebendiges Zeichen des Berechtigungsunwesens, das sehr zum Schaden der Schulen und der Bevölkerung Platz gegriffen hat. Die Veruche des Unterrichtsministeriums, den ungesunden Zudrang zu den oberen Stufen der höheren Schulen und zu den Hochschulen abzumähen, bleiben erfolglos, solange nicht die Stellen, die für die Ausbildung der Beamten und Angestellten zuständig sind, eingreifen. Deshalb ist ein Beschlus, den kürzlich der Vorstand des Deutschen Städtetages zu dieser wichtigen Frage gefasht hat, besonders bedeutungsvoll. Der Städtetag wendet sich gegen die Forderung, das die Beamten des mittleren Dienstes das Reifezeugnis besitzen sollen und erklärt, das eine schulmäßige Vorbildung, die mit der mittleren Reife oder mit der Reife für Oberschule abschliesst, zur Vorbereitung für den mittleren Beamtendienst vollaus genügt.

**Statistik der Schulleistungen der Schüler.**  
In der Württ. Schulverwaltung hat Regierungsrat Dr. A. Vohe, Stuttgart, eine längere Abhandlung über die Verteilung der Grundschüler von Groß-Stuttgart auf die weiterführenden Schulen veröffentlicht. Er sagt dort: „Nach diesen Ergebnissen kann es keinem Zweifel unterliegen, das bei den Stuttgarter Schulkindern ein gesetzmäßiger Zusammenhang zwischen der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Sozial-schicht und den Schulleistungen besteht. In der höchsten sozialen Schicht sind die Schulleistungen durchschnittlich am besten; sie sinken stufenweise zu der niedersten sozialen Schicht, in der sie ihren Tiefpunkt erreichen.“ Es handelt sich hier um ein Durchschnittsergebnis, ein Ergebnis, das die Regel bildet, von der es bekanntlich einzelne Ausnahmen geben kann. Dasselbe Ergebnis ist auch anderwärts klar und einwandfrei zutage gekommen. Da nun die Schulleistungen der Kinder sich bilden aus der persönlichen Begabung und aus den Umweltbedingungen, in denen der Mensch lebt, so entsteht die Frage, ob für den Unterschied ausschließlich die Begabung oder ausschließlich die sogenannte Umwelt maßgebend ist.

**Das Wetter im Januar.**  
Nach den meteorologischen Beobachtungen der vergangenen Jahre ist anzunehmen, das das Wetter im Januar in den ersten Tagen mild sein dürfte. Um die Mitte des Monats wird nasse Witterung erwartet, worauf wiederum mildes und heiteres Wetter zu verzeichnen sein dürfte. Der Witterungsbericht nach dem Hundertjährigen Kalender spricht von einem Anhalten der Kälte im Januar bis zu den letzten Tagen des Monats, worauf Erwärmung eintreten soll.

**Zwerenberg, 3. Jan.** Am Neujahrstage wurde hier die 23jährige Dorothea Faschnacht zu Grabe getragen, die, wie bereits berichtet, im Bernecker Fischweier den Tod gefunden hatte.

**Stb. Widdach, 3. Jan.** Die von der Ortsbauplanberatungsstelle des Innenministeriums gefertigten Entwürfe zu einem neuen Stadtbauplan, zu einer Badeanstalt und einem Bebauungsplan des Sommerbergs sind zurzeit im Rathausaal zur allgemeinen Besichtigung ausgestellt. Für die Bebauung des Sommerbergs ist auf dem südlichen Ausläufer beim Althalberkopf ein großer Hotelneubau und eine Waldsiedlung von 70 Villen in herrlicher Südoftlage (750 Meter ü. d. M.) mit freiem Blick auf die Schwarzwaldberge vorgezehen. Eine neue Wasserwerkleitung des Sommerbergs ist nach den Plänen von Oberbaurat Groß diesen Sommer bereits gebaut worden. Der auf dem jungfräulichen Boden des Sommerbergs entstehende neue Luftkurort verspricht bei richtiger Durchführung der Bebauung und Fernhaltung alles Störenden ein landschaftlich und gesundheitlich geradezu idealer Aufenthalt zu werden.

**Stb. Pforzheim, 3. Jan.** Bei dem Versuch, in einer Blechbüchse Pulver mit verschiedenen Chemikalien zu mischen, kam ein 16jähriger Lehrling zu Schaden. Es entstand eine Explosion und der Inhalt der Büchse verletzten den jungen Mann schwer, wenn auch nicht lebensgefährlich, am ganzen Körper. — Am Silvesterabend stürzte der 73jährige Schneidermeister Erdmann an der Waldstafel so unglücklich, das er sich einen schweren Schädelbruch zuzog. An dem Aufkommen des Verunglückten wird gezweifelt.

**Stb. Lautlingen, 3. Jan.** Das 21jähr. Dienstmädchen Christine Staus verbrachte die Feiertage bei ihren Eltern in Pforzheim. Als sie mit drei Kindern ihrer Herrschaft, die über Weihnachten bei Verwandten in Lautlingen zu Besuch waren, eben den Zug besteigen wollte, um sich wieder nach Meßingen in ihren Dienst zu begeben, schoß sie der 24jähr. Fritz Binder rücklings in den Kopf. Das Mädchen brach sofort bewußtlos zusammen. In bedenklichem

Zustand wurde es in das Krankenhaus in Ebingen eingeliefert. Nach der Tat ergriff der Täter die Flucht. Troz sofortiger Verfolgung konnte er noch nicht festgenommen werden. Eifersucht oder verhäßte Liebe sollen die Ursache sein.

**Stb. Tübingen, 3. Jan.** In der letzten Gemeinderats-sitzung machte Oberbürgermeister Scheffl Mitteilungen über den Stand der Arbeiten am neuen Neckarwasser-kraftwerk oberhalb Tübingens, das gemeinsam mit der Elektrischen Kraftübertragung Herrenberg erstellt wird. Durch das neue Werk, das bekanntlich einen Kostenaufwand von 2 Millionen Mark verursacht, die von den beiden Interessenten je hälftig aufgebracht werden müssen, wird das gesamte Gefälle des Neckars zwischen dem Tübinger Wasserkraftwerk und dem elektrischen Wasserkraftübertragung Herrenberg in Meßingen restlos ausgenutzt. Die Arbeiten, die gegen Ende des Sommers in Angriff genommen wurden, schreiten rüstig vorwärts. Wenn nicht Hochwasser den Fortgang der Arbeiten im kommenden Jahre hindert, ist anzunehmen, das das Werk im Dezember d. J. vollendet wird. Die zu gewinnende elektrische Energie ist heute schon verkauft. Die Finanzierung des Unternehmens ist auf eine 30jährige Amortisation abgestellt. Nach den angestellten Berechnungen werden die Strompreise den Preisen bei Fremdstrombezug die Wage halten.

**Stb. Kornwestheim, 3. Jan.** Am Neujahrstfest abends 16.10 Uhr gab es kurz nach der Ausfahrt aus der Station Kornwestheim bei dem 14.11 Uhr von Heilbronn abfahrenden Zug 411 auf offener Strecke einen unfreiwilligen, recht unangenehmen Aufenthalt. Alles meinte, die Notbremse sei gezogen worden, in Wirklichkeit war aber nur ein Luftschlauch des hinteren Zugteils gerissen, so das die Notbremse auf dieser Weise in Tätigkeit gesetzt worden war. Nach 4-5 Minuten konnte der Zug wieder weiter fahren.

## Gedenkt der hungernden Vögel!

**Stb. Ehlingen, 3. Jan.** In der zweiten Hälfte des Monats Januar wird endlich das erste der in Württemberg im Zusammenhang mit der Neckarkanalisierung stehenden und zu errichtenden elektrischen Kraftgewinnungszwecken dienenden Stautufen-Kraftwerke, die Neckarstautufe Ober-ehlingen, der später das Kraftwerk Gorfheim und als drittes die Stautufen-Kraftwerke zwischen Stuttgart-Gaisburg-Cannstatt und Münster a. N., die ebenfalls bereits in Angriff genommen worden sind, folgen werden, in Betrieb genommen werden können.

**Stb. Erkenbrechtsweiler M. Rürtlingen, 3. Dez.** Der 18jährige Wilhelm Bauer von hier und drei seiner Kameraden hantierten in der Neujahrnacht mit einem Vorderlader. Beim Laden ging der Schuß vorzeitig los. Bauer erhielt schwere Verletzungen im Gesicht. Das eine Auge ist verloren, das andere gefährdet. Bauer wurde noch in derselben Nacht mit einem Auto nach Tübingen verbracht. Die Verletzungen der übrigen sind leichter Natur.

**Stb. Friedrichshafen, 3. Jan.** Wie erst jetzt bekannt wird, hat das Luftschiff „Graf Zeppelin“ nach Berechnung amerikanischer Blätter auf seiner Amerikafahrt insgesamt 343 000 Dollar eingenommen. Welcher Teil dieser Summe als Reingewinn zu buchen ist, steht noch nicht fest, da die Unkosten, die Dr. Eckener anfangs auf 100 000 Dollar angesetzt hatte, durch die Reparatur-Arbeiten in Lakehurst beträchtlich gestiegen sind. 18 Passagiere bezahlten auf der Hin-fahrt je 3000 Dollar Fahrgehalt, 20 Passagiere bezahlten die gleiche Summe auf der Rückfahrt. Das bedeutet insgesamt 114 000 Dollar. Die Mitnahme der Post von Deutschland brachte 70 000 Dollar ein. Die Post nach Deutschland brachte 75 000 Dollar, die Fracht 1705 Dollar. Die Heft-Pressen bezahlte 67 000 Dollar für die Mitnahme ihres Vertreters und das Abtreten aller Rechte bezüglich Nachrichten-Übermittlung. Scherl und Ullstein in Berlin zahlten für ihre Vertreter insgesamt 15 000 Dollar.

## Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Berliner Briefkurse.	
100 holl. Gulden	168,95
100 franz. Franken	16,44
100 schweiz. Franken	81,03

**Börsenbericht.**  
**Stb. Stuttgart, 3. Jan.** Die Börse hatte heute bei stillem Geschäft schwächere Kurse.

## Produktebörsen und Marktberichte des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes Württemberg und Hohenzollern e. V.

**Berliner Produktenbörse vom 3. Januar.**  
Weizen märk. 202-204, Roggen märk. 200-202, Brau-gerie 218-235, Futtergerie 192-200; Hafer märk. 193 bis 203; Mais waggonfrei ab Hamburg 224-225; Weizenmehl 15,50-18,50; Roggenmehl 25,50-28,15; Weizenkleie 14,50; Weizenmelasse 15, Roggenkleie 14,80; Viktoriaerbsen 42-50; fl. Speiseerbsen 35-40, Futtererbsen 21-23; Peluschten 23 bis 25; Ackerbohnen 21-23; Wicken 27-29,50; Lupinen blaue 15-15,50, die. gelbe 17-17,50, Seradella neue 33-42; Napskuchen 19,90-21,30, Leinkuchen 25-25,20; Trocken-schnitzel 13,20-13,70; Soyaschrot 21,80-22,10, Kartoffelflocken 18,50-19,20.

**Stuttgarter Schlachtviehmarkt.**  
Dem Donnerstagmarkt am händ. Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 21 Ochsen, 15 Bullen, 201 (25 unverkauft), Jungbullen, 199 Jungkinder, 144 Kühe, 702 Kälber, 1219 (90) Schweine, 3 Schafe. Erlös aus je 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen a 48-53 (letzter Markt 48-53), b 41-46 (41-45), Bullen a 44-46 (unv.), b 40-43 (40-42), c 37-39 (36-39), Jung-kinder a 51-55 (unv.), b 44-48 (43-48), c 39-42 (unv.), Kühe a 37-42 (36-40), b 28-35 (26-33), c 19-25 (18-24), d 14-18 (14-17), Kälber b 73-75 (69-74), c 65-71 (59 bis 67), b 56-63 (45-56), Schweine fetter über 300 Pfd. 80 bis 81 (-80), b vollfleischige von 210-300 Pfd. 80-81 (78 bis 80), c von 200-240 Pfd. 78-80 (76-78), d von 160 bis 200 Pfd. 76-77 (74-76), e fleischige von 120 bis 160 Pfd. 74-76 (70-72), Sauen 55-65 (55-64) M. Marktverlauf: mäßig belebt bei schwacher Zufuhr.

**Viehpreise.**  
Biberach: Jungfarrnen 300-330, Ochsen 550-600, Kühe 180-220, Kälber 450-680, Jungvieh 140-250 M. — Pfla-ningen: Kühe und Kälber 205-630, Rinder 320-430, Jung-rinder 160-280 M.

**Schweinepreise.**  
Badnang: Milchschweine 23-35, Käufer 55-90 M. — Biberach: Ferkel 28-30, Käufer 55-80 M. — Gorb. a. N.: Milchschweine 27-37 M. — Oberfonteln: Milchschweine 24 bis 33 M. — Pfleningen a. N.: Käufer 33-72, Milchschweine 26-32 M. — Schömberg: Milchschweine 19-29 M. — Wangen i. N.: Ferkel 26-35 M. — Tuttlingen: Milchschweine: 23-37 M.

**Fruchtpreise.**  
Biberach: Roggen 10,20-10,50, Gerste 11,30-12,10, Hafer 9,70-10,80 M. — Wangen i. N.: Hafer 12-12,50, Gerste 12 bis 12,80, Weizen 12,80-13,20 M. je Ztr.

Die restlichen Kleinhandelspreise hängen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Ver-kehrskosten in Zuschlag kommen. Die Schriftl.

## Kirchliche Nachrichten

### Evangelische Gottesdienste.

**Erscheinungsfeft, 6. Januar:**  
Turmsied: 267, Bleht frühlich hinaus.  
9.30 Uhr: Hauptgottesdienst. Stadtpf. Hermann. Anfangs-tied: 109, Walte, walte nach und fern. 11 Uhr: Christen-lehre (Söhne 1. Bez.) Dekan Rods. 5 Uhr: Missionsgottes-dienst in der Kirche, Stadtpf. Müller von Javelstein. Opfer für die Basler Mission.

**Donnerstag, 10. Jan.:** 8 Uhr abends: Bibelstunde im Vereinshaus. Worauf hofft die Christenheit? Eine Neu-sfahrtsfrage. 1. Petrus 1, 1-5. Stadtpf. Hermann.

### Kath. Gottesdienst.

**Erscheinungsfeft 6. Jan.**  
8 Uhr: Frühmesse mit Homilie; 9.30 Uhr: Predigt und Hochamt; 1.30 Uhr Andacht.  
Beichtgelegenheit: Samstag 4-5.30 Uhr und Sonntag früh ab 7 Uhr.

### Gottesdienste der Methodistengemeinde.

**Calw:**  
**Sonntag, 6. Januar:**  
9.30 Uhr: Predigt (Bauerle). 11 Uhr: Sonntagsschule. 5 Uhr nachm. Predigt.  
Von Montag bis Freitag abends 8 Uhr Altanz-gebetstunde.

**Stammheim:**  
**Sonntag, 6. Januar:**  
Vorm. 10 Uhr: Predigt. Nachm. 2 Uhr: Gottesdienst fällt aus.  
Von Montag bis Freitag je abends 8 Uhr Altanz-gebetstunde.

**Württ. Volksbühne**  
Bad. Hof-Saal  
Montag, den 7. Jan., nachmittags 3 Uhr  
**Kinder-Aufführung**  
**Prinzessin Huschewind**  
Ein Schelmenmärchen in 6 Abenteuern  
von F. Peter-Buch, Musik von Müller-Preslm  
Preise der Plätze Mk. 1.50, 1.—, —.50.  
Abends 8 Uhr  
**Ein Wintermärchen**  
von William Shakespeare, in 8 Bildern  
Preise der Plätze 3.—, 2.50, 1.50  
Vorverkauf für beide Aufführungen  
Buchhandlung Häußler.

Wollen Sie billig und gut kaufen, dann  
benützen Sie die letzte Zeit meines  
**Total-Ausverkaufs**  
In kurzer Zeit muß ich den Laden räumen,  
deshalb rücksichtslose Preisherabsetzung  
**20 bis 50 Prozent Rabatt**  
Es sind noch Vorräte vorhanden in:  
Herrenwäsche, Damenwäsche, Kinderwäsche, Triko-  
tagen, Kragen, Cravatten, Hosenträger, Strumpfwaren,  
Kurzwaren, Restposten Wäschetuche, Wachstücher,  
Taschentücher, Handschuhe, Ersilingswäsche  
**E. KOB, Calw, Lederstr. 103**

**Liederkrantz**  
**Holzbronn**  
Der Verein hält am  
Sonntag, den 6. Januar seine  
**Weihnachts-**  
**Feier**  
im Gasthaus zur „Krone“  
ab, verbunden mit  
Gesangsvorträgen  
Theateraufführungen  
und Gaben-Verlosung,  
wozu alle Sangesfreunde und  
Gönner der Sache herzlich  
eingeladen sind.  
Anfang 7 Uhr.  
Der Ausschuß.



# Ämtliche Bekanntmachungen.

Stadtgemeinde Calw.

## Bekanntmachung über die Gebäude-entfaltungsteuer für 1928

Das Gesetz über die Gebäudeentfaltungsteuer vom 29. Juni 1926 (Reg. Bl. S. 117) und die Ausführungsverordnungen vom 9. Juli 1926 und 22. März 1927 (Reg. Bl. S. 129 pro 1926 und S. 104 pro 1927) sehen neben gewissen von Amts wegen durchzuführenden Befreiungen folgende Erleichterungen vor:

1. Steuerfrei sind Einfamilienhäuser, die vor dem 1. Juli 1918 bezugsfertig hergestellt und zu diesem Zeitpunkt mit nicht mehr als 20 v. H. ihres Gebäudesteueranschlages dinglich belastet waren, wenn sie ausschließlich vom Eigentümer und seiner Familie bewohnt werden und die Wohnfläche nicht mehr als 70 Quadratmeter beträgt.
2. Einem ermäßigten Steuerfah unterliegen Gebäude, die am 31. Dezember 1918 nicht oder mit nicht mehr als 30 v. H. ihres Gebäudesteueranschlages dinglich privatrechtlich-hypothekarisch belastet waren. Die volle Steuer ermäßigt sich dabei um  $\frac{1}{2}$  bis  $\frac{3}{4}$ . Ist das Eigentum an Gebäuden in der Zeit vom 1. Januar 1920 bis 15. 11. 1923 durch Kauf erworben worden, so tritt eine Ermäßigung der Steuer nach Ziff. 2 nicht ein. Ausgenommen ist der Erwerb von Verwandten bis zum 3. Grade.
3. Von der Steuer kann ganz oder teilweise nachgelassen werden, wenn der Einzug nach Lage der Sache unbillig wäre, insbesondere
  - a) wenn Eigentümer oder Nutznießer der Gebäude deutsche Kleinrentner sind
  - b) wenn der Eigentümer eines mit dem vollen Steuerfah belasteten Gebäudes zur Erhaltung und Vermietbarkeit des Gebäudes unumgänglich notwendige außerordentliche Verbesserungen abtragen oder bezahlen muß, die er aus den aufgelaufenen Mietsrücklagen nicht tilgen kann.
  - c) bei gewerblich benutzten, mit dem vollen Steuerfah belasteten Gebäuden, deren Räume durch Betriebsbeschränkungen, ungünstigen Geschäftsaufgang oder infolge schlechter Salion gegenüber der Vorbesetzung erheblich geringer ausgenutzt werden.
  - d) wenn zur Vermietung bestimmte Gebäude ohne Verschulden des Eigentümers leer stehen,
  - e) wenn eine vor dem 15. Noobr. 1923 auf ein Gebäude eingetragene nicht wertbeständige privatrechtliche Last mit über 25% ihres Goldmarkbetrages aufgewertet wird.

Alle diese Erleichterungen treten nur ein auf Antrag u. näheren Nachweis der die Erleichterung begründenden Umstände.

Die Steuerassessorien sind gegenwärtig mit der Revision der seither bereits erteilten Befreiungen, Ermäßigungen und Nachlässe beschäftigt.

Die Gebäudeeigentümer, die nicht schon bisher Befreiung erhalten hatten und die Anspruch auf eine dieser Erleichterungen zu haben glauben, werden aufgefordert, ihren Antrag hierauf bei der Steuerassessorien (Rathaus Zimmer 3) bis spätestens Dienstag, den 15. Januar ds. Js. schriftlich oder mündlich einzureichen und genaue Unterlagen zur Begründung vorzulegen. Die Frist wolle genau eingehalten werden. Später einlaufende Gesuche können für 1928 keine Berücksichtigung mehr finden.

Calw, den 3. Januar 1929.

Stadtschultheißenamt: Böhner.

Stadtgemeinde Calw.

## Abholung der Steuerkarten für 1929.

Trotz der Aufforderung im „Calwer Tagblatt“ Nr. 292 vom 12. Dezember 1928 zur Abholung der für das Kalenderjahr 1929 ausgestellten Steuerkarten ist ein großer Teil bis jetzt noch nicht abgeholt, insbesondere auch von Gewerbegehilfen. Im eigenen väterlichen Betrieb tätigen Söhnen und an e. z.

Jeder Arbeitnehmer (Cohn- und Gehaltsempfänger) ist verpflichtet, seine Steuerkarte dem Arbeitgeber bei Beginn eines Kalenderjahres oder bei Beginn des Dienstverhältnisses auszuhandigen. Händigt der Arbeitnehmer die Steuerkarte dem Arbeitgeber nicht aus, so hat der Arbeitgeber im jedem Falle 10 v. H. vom vollen Arbeitslohn ohne jeden Abzug einzubehalten, bis die Steuerkarte abgegeben wird.

Es ergeht deshalb wiederholt die Aufforderung, die Steuerkarten für 1929 auf dem Rathaus (Zimmer Nr. 3) abzuholen, soweit dies noch nicht geschehen ist.

Calw, den 3. Januar 1929.

Städt. Steueramt

Ehe Sie einen Druckauftrag nach auswärts vergeben, fragen Sie doch bei uns an, ob wir Sie nicht vorteilhafter bedienen können

**Tagblatt-Buchdruckerei**  
Fernsprecher 3 - CALW - Ledersstraße 151

### Veteranen- und Militärverein Calw

Am Samstag, den 5. Januar, abends 7/8 Uhr hält der Veteranen- und Militärverein Calw in den Sälen des „Badisch Hofes“ seine

## Weihnachtsfeier

unter Mitwirkung der Stadtkapelle Calw, u. a. Aufführung des Schauspiels „Deutsche Frauen, deutsche Treue“ Cabarettvorstellung. — Die verehrlichen Mitglieder mit ihren Angehörigen werden hierzu herzlichst eingeladen. Kinder unter 14 Jahren und Nichtmitglieder haben keinen Zutritt — Saalöffnung 7/7 Uhr —

### Der Ausschuß

### Calw. Zahlungsaufforderung.

Die Grund- und Gebäudebesitzer und die Gewerbetreibenden werden an die ihnen durch Gesetz auferlegte Verpflichtung zu Entrichtung allmonatlicher Abschlagszahlungen auf ihre Steuerschuldigkeit für das Steuerjahr 1928 erinnert. Die zu entrichtende Monatsrate ist mit einem Zwölftel des für das Steuerjahr 1927 entrichteten Betrags zu bemessen und bis spätestens 8. des Monats zu entrichten.

Für verspätet entrichtete Beträge kommt ein Verzugszins von 10 Prozent für das Jahr in Anrechnung.

Am 3. Januar 1929. Stadtpflege.

Parole unserer 10 Geschäfte:

# Möbel RAUS!

1000 Zimmer müssen forr!

# 30%

bis 30% Rabatt

## Kein Inventur-Ausverkauf!

*Kauft Eure Möbel bei L. n. d. s. dann brauchst ihr im Leben kein and' res!*

### Brüder Landes Möbel G.m.b.H.

größtes deutsches Möbelunternehmen dieser Art

## Pforzheim

Westliche 47

Schöne 2 Zimmer-Wohnung mit Küche auf 1. Mai od. Juni zu mieten gesucht. Von wem, sagt die Geschäftsstelle da. Bl.

Begabungshalber wird ein 1 Jahr alter Salz- u. Pfeffer-Schnauzer prima Tier, sofort verkauft. Näheres auf der Geschäftsstelle da. Bl.

### Schneelaufkurs

beginnend Samstag, den 5. Januar, 2 1/2 Uhr am Windhof.

Teilnehmer wollen sich bei Beginn des Kurses melden. Kursbeitrag:

**Mitglieder Mk. 1.—**  
**Nichtmitglieder Mk. 2.—**

Zeltung: Otto Georgll.

### Sonder Angebot Walnüsse

1 Pfd. 50 Pfg.

### Seigen

1 Kranz 22 Pfg.  
3 Kränze 60 Pfg.

### Bananen

1 Pfd. 65 Pfg.

### Kochäpfel

1 Pfd. 15 Pfg.  
10 Pfd. 1.— Mk.

### Wurst am Markt

### Ubenarius-Carbolinum

Carl Serva  
Fernsprecher 120.

### Gutes Roggenbrot

mit und ohne Kümmel empfiehlt Hermann Schnürle Bäckerei.

### Kl. Wohnung

2 Zimmer u. Küche per 15. Januar zu vermieten. Näheres im Reutstock, Badstraße.

### Unser Klavierstimmer

ist z. Zt. hier tätig. Wir halten uns bei mäßiger Berechnung und besonders erstklassig sachmännlicher Ausführung in allen Reparaturen bestens empfohlen.

Ges. Aufträge erbitten an Herrn Oberlehrer Seeber oder an die Geschäftsstelle da. Bl.

**Schmid & Buchwaldt**  
Pianohaus gegr. 1868  
Pforzheim  
Poststr. 1 (Industriehaus)

### Wohnungseinrichtung

fast neu, bestehend aus 1 Schlafzimmer (eiche) 1 Herrenzimmer (schwer, nußbaum) 1 Speisezimmer (birke) wegen Raummangel sofort zu verkaufen.

Ges. Anfragen zu richten an „Sonnenhaus“ Bad Liebenzell.

## An Alle!

Kaufen Sie kein Kleid und kaufen Sie keinen Mantel, ohne unsere grosse Auswahl gesehen zu haben!

## Krüger & Wolff

PFORZHEIM

Sommerhardt, den 4. Januar 1929.

## † Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, daß unser lieber Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder und Onkel

### Jakob Schroth

im Alter von 75 Jahren nach kurzer, schwerer Krankheit sanft entschlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Familie Jakob Schroth,  
Familie Gottlieb Schroth,  
Familie Johannes Raft.

Beerdigung Samstag mittag 1 Uhr in Sommerhardt.

## Sonder-Angebot für das neue Jahr

Eingetroffen direkt aus den Produktionsgebieten:

### Käse

prima vollfester Schweizerkäse

Pfd. 1.55 Mk.  
1/2 Pfd. 40 Pfg.

### Edamer

20%lg Pfd. 78 Pfg.  
1/2 Pfd. 20 Pfg.

### Vayr. Camembert

1/2 Schachtel 1.05 Mk.

### Desserthäse

Stück 25 u. 18

### Schinkenwurst

geräuchert Pfd. 96 Pfg.  
1/2 Pfd. 25 Pfg.

### Vayr. Leberwürstchen

Stück 15 Pfg.

Sammeln Sie unsere Rabattmarken

### Haarpflege

repariert J. Obermatt, Friseur beim Adler, Telefon 204.

### Dr. Bufe's Eucalyptusöl

Marke **Debuco** ein heilkräftiges Mittel bei Rheuma, Gicht, Gliederschmerzen, zum Inhalieren bei Husten, Heiserkeit, Asthma, Erkältungszuständen. Man beachte Dr. Bufe's Debuco kl. Flasche Mk. 1.—, große Flasche Mk. 1.80

Drogerie Himmerich, Bad Liebenzell

### Alzenberg.

Verkaufe einen Wurf schöne starke

### Milchschweine

sowie ein starkes

### Läufer Schwein

Rentschler, zum „Röble“

Verkaufe im Auftrag am Samstag, den 5. Januar 2 hornlöse

### Biegen

reifarbig.

Friedrich Heebter, Telegraphenarbeiter, Stammheim.

### Brennessel- und Birkenhaarwasser

für Haare und Haarboden Flasche Mk. 1.50 bei R. Otto Binzen, Calw.